



## Alliierte Bombardierungen

Der Ausbau Bremens zu einem Schwerpunkt der Rüstungsindustrie machte die Stadt zwangsläufig zu einer bevorzugten Zielscheibe alliierter Luftangriffe: über 1200mal Alarm (der erste am 30.9.1939), insgesamt 173 britische, später auch amerikanische Angriffe (der erste am 18.5.1940) und fast 4000 Opfer (ohne Ausländer) bis April 1945.<sup>1</sup> Bremen wurde zum "Luftschutzort 1. Ordnung" erklärt, und schon im Sommer 1940 war ein dringender Bedarf an Arbeitskräften für den Bunkerbau zu spüren, bei dem auch viele auswärtige deutsche und ausländische, in erster Linie niederländische Arbeiter eingesetzt wurden.<sup>2</sup> Für sie wurden die ersten "Gemeinschaftslager" in Betrieb genommen, von denen später hunderte, über das Stadtgebiet verteilt, der Unterbringung der requirierten "Fremdarbeiter" dienen sollten.

Der Einsatz aller Kategorien von Arbeitern in der Bauwirtschaft und bei öffentlichen Baumaßnahmen unterstand in Bremen dem Senator für das Bauwesen, der ab 16.1.1941 auch für die Beseitigung von Schäden durch Luftangriffe und die in diesem Zusammenhang notwendigen Sofortmaßnahmen zuständig war. In dieser Behörde hatte wiederum die "Abteilung für kriegswichtigen Einsatz" zentrale Bedeutung bei der Koordination des Arbeitseinsatzes.

Schon allein für den Bau von Luftschutzräumen waren im Sommer 1941 zusätzlich zu den 943 "Stammarbeitern" aus verschiedenen Betrieben 1618 "zusätzliche Arbeiter" eingesetzt<sup>3</sup>; die bremischen Anforderungen über rund 5000 Arbeitskräfte für diesen Bereich waren im Februar 1941 erst zu einem Viertel erfüllt worden. Extremer Mangel herrschte an Betonfacharbeitern.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. MARSSOLEK, Inge/OTT, René: Bremen im Dritten Reich. Anpassung - Widerstand - Verfolgung, Bremen 1986, S. 361ff. und 355ff., SCHWARZWÄLDER, Herbert: Bremen in der NS-Zeit (1933-1945), (Geschichte der freien Hansestadt Bremen, Bd.4) Hamburg 1985, S. 561ff., DACHALE, H./SCHWECKE, Uli: In der Mitte von Bremen. Burg-Grambke gestern und heute, Fischerhude 1985, S. 57, MUTSCHKE, MUTSCHKE, Peter: Zwangsarbeit. Der Arbeitseinsatz von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen in der kriegswichtigen Bauwirtschaft Bremens 1939-1945, Göttingen 1986, S. 2f.

<sup>2</sup> Vgl. Staatsarchiv Bremen 4,29/1-1239 und 1318. Vgl. hierzu, wie auch insgesamt zum Ausländereinsatz in der kriegswichtigen Bauwirtschaft Bremens: MUTSCHKE.

<sup>3</sup> Übersicht über den Arbeitskräfteeinsatz für die Luftschutz-Raumbauten vom 1.7.1941, in : Staatsarchiv Bremen 4,29/1-1238.

<sup>4</sup> Schreiben des Regierenden Bürgermeisters Bremen an das Landesarbeitsamt Niedersachsen vom Februar 1941, in : Staatsarchiv Bremen 4,29/1-1239.

Die schweren Luftangriffe auf Bremen, besonders im September 1942, erforderten große Anstrengungen bei der Beseitigung von Bombenschäden, die ohne zusätzliche Arbeitskräftezuweisungen nicht zu leisten waren. Allein beim Großangriff auf Bremen am 5.9.1942 fielen 15.000 Brandbomben, 110 Sprengbomben und 6 Luftminen. Er forderte 118 Tote, 89 Schwer- und 377 Leichtverletzte.<sup>5</sup> Syndikus Dr. Kohl wandte sich daraufhin am 23.9.1942 mit folgendem Hilferuf an Ministerialdirigent Timm im Reichsarbeitsministerium:

Es ist versucht worden, aus der Rüstungswirtschaft - die übrige Zivilwirtschaft hat in Bremen kaum noch nennenswerte Gefolgschaftsmitglieder - für derartige Katastrophen-fälle Arbeitskräfte für einige Tage freizubekommen, um die notwendigsten Arbeiten, die mit den Fliegerangriffen zusammenhängen, zu erledigen, aber alles das ist letzten Endes ohne Erfolg geblieben [...] Es muss aber hier etwas geschehen, sonst kommen wir hier in Bremen völlig unter den Schlitten [...] Schlimmer ist es bestimmt im Osten nicht, wie es zur Zeit hier in Bremen aussieht.<sup>6</sup>

Am 10. Oktober stellte Timm die Aufstellung von Baubataillonen auch für Bremen in Aussicht.<sup>7</sup> Und noch während die einschneidenden Maßnahmen zur zwangsweisen Requirierung von Arbeitskräften aus Frankreich erst zu greifen begannen, waren bei der Beseitigung von Bombenschäden in Bremen alle Arbeitskräfte der unterschiedlichsten Kategorien im Einsatz, derer man überhaupt habhaft werden konnte:

„Nach den getroffenen Feststellungen wurde bei den Fliegerschäden Anfang Dezember an 856 Baustellen gearbeitet. Hierfür sind allein etwa 320 Firmen eingesetzt. An Arbeitskräften werden beschäftigt: Soldaten der Baubataillone, Kriegsgefangene, Strafgefangene, KZ-Häftlinge, deutsche und ausländische Arbeiter und Dienstverpflichtete der Ausländer-Bataillone.“<sup>8</sup>

Im Februar 1943 wies eine Statistik folgende Zusammensetzung der 8568 für Luftschutzraumbau und Bombenschädenbeseitigung eingesetzten Arbeitskräfte aus: "84 deutsche Dienstverpflichtete, 354 "Reichseinsatz", 1541 ausländische Zivilarbeiter, 1022 Ostarbeiter, 293 Kriegsgefangenen-Dachdecker-Bataillon X, 135

---

<sup>5</sup> Geschichte "Weserflug", Bd.III, in : Staatsarchiv Bremen 9,S 9-17/14-21.

<sup>6</sup> Dr. Kohl am 23.9.1943 an Timm, in : Staatsarchiv Bremen 9,S 9-17/11.

<sup>7</sup> Antwortschreiben von Timm vom 10.10.1943, ebenda. Laut einem Schnellbrief von Speer vom 17.10.1942 sollte der Gau "Weser-Ems" umgehend ein Bataillon kriegsgefangener Polen erhalten, am 3.11.1942 trafen aber 2 Kompanien Tschechen ein (Staatsarchiv Bremen 4,29/1-1242). Laut einem Brief des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 18.11.1942 hatte Bremen zur Beseitigung von Fliegerschäden 4 Baukompanien (800 Mann) nicht näher bestimmter Nationalität erhalten (Staatsarchiv Bremen 4,29/1-1237).

<sup>8</sup> Schreiben des Senators für das Bauwesen an den Gaubeauftragten des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft im Gau "Weser-Ems" vom 23.12.1942 (Staatsarchiv Bremen 4,29/1-1237). Ähnliche Berichte finden sich für 1944 (Staatsarchiv Bremen 4,29/1-1238; 9,S 9-17/10).

Kriegsgefangenen-Glaser-Bataillon X, 297 Kriegsgefangenen-Glaser-Bataillon Grambke, 246 Zuchthäusler, 560 KZ-Häftlinge.<sup>9</sup>

Die Entwicklung Bremens zu einer der wichtigsten Waffenschmieden des Zweiten Weltkriegs führte somit nicht nur im Rüstungsbereich selbst zu hohem Arbeitskräftemangel, sondern auch beim Luftschutzbunkerbau und bei der Beseitigung der Bombenschäden alliierter Angriffe, die diese Rüstungsproduktion provozierte. Ein letztes Element dieser "Schraube ohne Ende" stellten schließlich der Bau und die Reparatur der Unterkünfte für die vielen zusätzlichen Arbeitskräfte selbst dar.

Die meisten Zwangsarbeiterlager befanden sich in unmittelbarer Nähe zu den Einsatzbetrieben in Industriegebieten, manchmal sogar auf dem Firmengelände, und damit an exponierter Stelle für die alliierten Angriffe, die diesen Waffenschmieden galten. Sie verfügten zunächst oft über gar keine, später über rudimentäre Luftschutzeinrichtungen. Als die alliierten Angriffe zunahm, wurden für die großen Lager Deckungsgräben und Erdbunker angelegt, die aber sogar nach einem Schreiben der DAF-Gauverwaltung Weser-Ems vom 17.12.1943 "durchaus keinen Schutz bieten"<sup>10</sup>. Am völlig unzureichenden Luftschutz sollte sich jedoch nichts Grundlegendes ändern, wie der bremische Polizeipräsident im Februar 1944 einräumte:

„Die Erstellung geeigneter und genügender Schutzräume für die Lagerinsassen ist [...] erfolglos geblieben.“<sup>11</sup>

Gemäß dem nationalsozialistischen Prinzip der Rassenhierarchien waren nämlich die Bunker des gewaltigen Bunkerbauprogrammes - eine Aufstellung von Oktober 1942 verzeichnet 86 Hochbunker im Stadtgebiet<sup>12</sup> - in erster Linie für die Zivilbevölkerung der Wohngebiete gedacht und war ihnen, zumindest noch im Frühling/Sommer 1943, auch ausschließlich vorbehalten.<sup>13</sup> So durften Kriegsgefangene diese Bunker nicht benutzen, die sie, gemeinsam mit vielen ausländischen Arbeitskräften, selbst gebaut hatten! Und bei der A.G. Weser mussten 1942 die Kriegsgefangenen bei Alarm

---

<sup>9</sup> Staatsarchiv Bremen 4,29/1-1238.

<sup>10</sup> Vgl. Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1349. Im gleichen Schreiben werden mehr Sicherheitsmaßnahmen für die Lager gefordert, wobei es ausdrücklich und ausschließlich um die Abwehr von Gefahren für das deutsche Lagerpersonal ging.

<sup>11</sup> Schreiben des Polizeipräsidenten am 3.2.1944, in: Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1349.

<sup>12</sup> Vgl. Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1475.

<sup>13</sup> Im Frühjahr 1943 galt ein generelles Verbot der Benutzung von Zivilbunkern für alle Ausländer (vgl. HERBERT, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985, S. 288f.).

weiterarbeiten, während die Zivilarbeiter die werkseigenen Luftschutzräume aufsuchten.<sup>14</sup>

Anfang 1944 wurde schließlich den Westarbeitern der Zugang zu den Bunkern unter der Bedingung gestattet, dass "die Luftschutzbunker von der Zivilbevölkerung nicht voll in Anspruch genommen (wurden) und sie von den deutschen Volksgenossen getrennt untergebracht werden (konnten)"<sup>15</sup>. Kriegsgefangene, Ostarbeiter und Polen waren davon allerdings weiterhin ausgenommen.

Allerdings mussten auch die ausländischen Arbeitskräfte aller Nationalitäten, wie auch die deutschen, bei sogenannter "öffentlicher Luftwarnung", und sogar noch bei "Luftalarm" weiterarbeiten. Die Führer der Arbeitskommandos bestimmten nach Lage der Dinge und der konkreten Gefahr für den betreffenden Betrieb den Zeitpunkt, zu dem die Arbeit verlassen und eine Luftschutzeinrichtung aufgesucht wurde.<sup>16</sup> Dass diese Anweisung auch in die Praxis umgesetzt wurde, bestätigen die Erinnerungen der Zeitzeugen. Sie konnten auch Jahrzehnte später die Begriffe "Voralarm", "Schnellalarm" und "Werkalarm" auch auf Deutsch genau auseinanderhalten, ein Wissen, von dem damals das Überleben abhängen konnte.

Aufgrund solcher Anweisungen, die Menschenleben gegen Produktionsausfälle aufwogen, geschah es wohl des Öfteren, dass Arbeiter, die zunächst weitergearbeitet hatten, dann in die Luftschutzbunker nicht mehr eingelassen wurden, deren Türen 20 Minuten nach dem Auslösen des Alarms geschlossen wurden. Der Polizeipräsident weigerte sich aber, der Bitte des Senators für das Bauwesen um eine Ausnahmeregelung in solchen Fällen nachzukommen und die Verantwortung für die Weiterarbeit bei Fliegeralarm zu übernehmen.<sup>17</sup>

Alle Ausländer mussten immer die gefährlichsten Plätze in den oberen Etagen des Bunkers einnehmen, während die deutsche Zivilbevölkerung in den als sicherer geltenden unteren Stockwerken der Hochbunker Schutz suchte: sogar in einer Situation, wo jeder um seine Haut fürchten musste, schuf die Herrenmenschenideologie noch Abstufungen.

**Verantw.:** Helga E. Bories-Sawala

---

<sup>14</sup> "Rapport après la tournée dans les Kommandos du Stalag XC du 7 au 16 août 1942 et du 24 au 27 août 1942", in: Archives Nationales, Paris, F/9/2296.

<sup>15</sup> Tagesbefehl der Bremer Schutzpolizei vom 3.1.1944, zitiert nach: SCHMINCK-GUSTAVUS, Christoph U.: Die schönsten Jahre. Chronik einer Liebe 1943-45, Bonn 1991, S. 75.

<sup>16</sup> Laut einer "Anweisung des Höheren Landes-Bau Pionier-Führers betr. Verhalten der Kriegsgefangenen, Mil.Internierten (It.) und ausländische Arbeiter auf den Einsatzstellen bei 'Ö.L.W' und 'L.A.'", in: Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1492.

<sup>17</sup> Schreiben des bremischen Polizeipräsidenten vom 20.6.1944, in: Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1492.

**Quelle:**

Helga E. Bories-Sawala: Franzosen im "Reichseinsatz". Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern (digitale Ausgabe unter <https://doi.org/10.26092/elib/1038> )